



**IPPNW- Presseinformation und
Information der Ulmer Ärzteinitiative**
13. Dezember 2007

Kinderkrebs um Atomkraftwerke Die Strahlenschutz-Grenzwerte stehen auf dem Prüfstand

„Wir begrüßen es, dass in der Aktuellen Stunde des Deutschen Bundestages von mehreren Politikern zwei zentrale Forderungen der IPPNW unterstützt wurden“, kommentierte Reinhold Thiel, Sprecher der Ulmer Ärzteinitiative – IPPNW. „Zum einen wurde der europa- und verfassungsrechtliche Grundsatz der Risikovorsorge betont, was im Klartext bedeutet: Im Zweifelsfall für die Opfer und nicht für die wirtschaftlichen Interessen von vier Atomkonzernen.“ Zum anderen hätte unter anderem der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesumweltministerium, Michael Müller, bestätigt, dass jetzt die deutschen Strahlenschutz-Grenzwerte auf den Prüfstand zu stellen sind.

Denn das Risiko der Radioaktivität wird von den Behörden bislang vermutlich deutlich unterschätzt. So hat das EU-Forschungsprojekt „Soul“ seinem Leiter Dr. Peter Jacob vom GSF Forschungszentrum für Umwelt und Gesundheit zufolge etwa 4mal höhere Strahlenschäden in der Umgebung der russischen Atomwaffenschmiede Majak festgestellt als nach dem Risikomodell, das der deutschen Strahlenschutzverordnung zugrunde liegt, zu erwarten wären. Das bedeutet, dass die deutschen Strahlenschutzgrenzwerte offensichtlich zu hoch angesetzt sind. Im Übrigen ist inzwischen weitgehend unstrittig, dass es für die gesundheitlichen Auswirkungen von Radioaktivität keinen Schwellenwert gibt.

Der Strahlenschutz-Experte Dr. Sebastian Pflugbeil, der als Mitglied des Expertengremiums die aktuelle Studie des Deutschen Kinderkrebs-Registers in Mainz jahrelang wissenschaftlich begleitete, weist darauf hin, dass in einer zusätzlich durchgeführten Fall-Kontrollstudie geprüft wurde, ob sich das Hauptergebnis der Studie, eine signifikante Abstandsabhängigkeit der Risikos, auch durch andere mögliche Einflussfaktoren (Confounder) erklären lässt. Einen solchen Confounder hat man nicht gefunden. „Die Forscher vom Mainzer Kinderkrebsregisters stellten fest, dass lediglich der Abstand zu den Atomkraftwerken signifikante Ergebnisse lieferte“, so Pflugbeil. „Wenn man davon ausgeht, dass die radioaktive Belastung ebenso mit der Entfernung abnimmt wie das beobachtete Risiko, liegt der Schluss nahe, dass die Ursache der erhöhten Krebsraten in den radioaktiven Emissionen aus den Atomkraftwerken zu suchen ist.“

Internet:

www.ippnw.de
www.ippnw-ulm.de
www.alfred-koerblein.de